

## Antrag 2025/I/AUSSEN/2

### Jusos Hamburg

#### Zukunftsorientierter Fokus auf die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit von Israel

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg, möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
- 2 SPD und schließlich zur Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion, beschließen.

#### 3 **Begründung**

4 Deutschland muss seine sicherheitspolitische Verantwortung wahrnehmen und alles daran  
5 setzen, das Existenzrecht des Staates Israel zu schützen, der durch die Terrororganisation Ha-  
6 mas massiv bedroht wird. Der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 war ein historisches Ver-  
7 brechen, das der größte Massenmord an Jüd\*innen seit der Shoah war. Dies zeigt, dass der  
8 Hauptaggressor in diesem Konflikt die Hamas ist, deren Gewalt und Ideologie eine friedliche  
9 Zukunft in der Region behindern. Gleichzeitig ist die Rolle der Hamas, ebenso wie die der His-  
10 bollah, als Gesprächspartner infrage zu stellen, da sie sich ausdrücklich gegen jede Verhand-  
11 lungslösung und das Existenzrecht Israels stellen.

12 Dennoch erkennen wir an, dass die derzeitige israelische Regierung, der rechtsextreme Politiker  
13 wie Finanzminister Bezalel Smotrich angehören, ebenfalls problematisch ist. Premierminister  
14 Netanjahu steht für eine Politik, die von vielen als Spaltung und Eskalation wahrgenommen  
15 wird, darunter der Versuch, eine rechtswidrige Justizreform durchzusetzen, eine zunehmende  
16 Missachtung völkerrechtlicher Normen mit der Siedlungspolitik in den besetzten palästinensi-  
17 schen Gebieten, sowie eine zunehmende Missachtung völkerrechtlicher Normen. Diese politi-  
18 sche Ausrichtung gefährdet Israels langfristige Sicherheit und erschwert eine friedliche Lösung  
19 des Konflikts.

20 Netanjahu hat sein politisches Schicksal an diesen Krieg geknüpft. Solange er Mittel und Wege  
21 findet, diesen trotz völkerrechtlicher Bedenken weiterzuführen, wird der Krieg nicht enden. Die  
22 fortwährenden Aggressionen der Hamas und weiterer iranischer Proxys wie den Houthis und  
23 Hisbollah verschärfen die Gewaltspirale im Nahen Osten, da sie gezielt Spannungen anheizen,  
24 israelische Gegenschläge provozieren und die Region destabilisieren. Diese Gruppen handeln  
25 oft im Einklang mit iranischen Interessen, um Einfluss auszuweiten und Konflikte zu verstärken,  
26 was eine Eskalation auf beiden Seiten unvermeidlich macht.

27 • Deshalb fordern wir ein UN-Waffenembargo in die Region des Nahen Ostens. Dieses Embargo  
28 soll durch eine UN-Friedensmission überwacht werden. • Deutschland setzt sich an der Seite  
29 Israels für eine Beendigung des Krieges und die Befreiung der Geiseln ein. • Das iranische Re-  
30 gime soll durch weitergehende Maßnahmen zusätzlich zu den bestehenden Sanktionen gezielt  
31 in seiner Fähigkeit eingeschränkt werden, seine Verbündeten zu unterstützen. Hierzu sollte  
32 Deutschland die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern wie Indien stärker an gemein-  
33 same sicherheitspolitische Interessen koppeln.

34 Der 7. Oktober zeigt jedoch, dass die Existenz Israels dauerhaft bedroht ist. Daher muss die La-  
35 ge kontinuierlich neu betrachtet und eingeschätzt werden. Eine auf Verteidigungssysteme be-  
36 schränkte Unterstützung des Staates Israels kann nach Erreichen eines Waffenstillstands und  
37 der Befreiung der Geiseln neu bewertet werden.

38 Für bereits gelieferte offensive Waffensysteme (insbesondere Dual-Use-Systeme) sollten völ-  
39 kerrechtskonforme Verteidigungsaufgaben ähnlich wie gegenüber der Ukraine gestellt werden.  
40 Der SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil sagte bereits im Oktober 2024: „Wir haben eine unein-  
41 geschränkte Solidarität mit dem Staat Israel, ich habe keine uneingeschränkte Solidarität mit  
42 der Regierung Netanjahu.“

43 Wir stellen uns hinter Lars Klingbeils Worte und wollen ihm mit diesem Antrag verteidigungs-  
44 politisch Rechnung tragen, da der aktuelle Kurs der Regierung Netanjahu Israels Sicherheit ge-  
45 fährdet.

46 • Bereits gelieferte deutsche Waffen dürfen nur auf israelischem Staatsgebiet eingesetzt wer-  
47 den, es sei denn aus dem Gazastreifen, Westjordanland oder Libanon erfolgen nach einer Waf-  
48 fenruhe Angriffe, die den Einsatz völkerrechtlich rechtfertigen. Für uns ist klar: Israel hat das  
49 Recht, sich selbst zu verteidigen.

50 Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat mehrfach darauf hingewie-  
51 sen, dass es im Gazastreifen einen gesicherten Verdacht auf völkerrechtswidriges Vorgehen  
52 gibt, und mehrere Haftbefehle sowohl gegen Mitglieder der israelischen Regierung als auch  
53 gegen Vertreter der Hamas erlassen. Hierbei sollte insbesondere der Vorwurf die Zivilbevöl-  
54 kerung des Gazastreifens aktiv als Kriegsmittel durch Entzug von lebensnotwendigen Mitteln  
55 (Essen, Elektrizität, Medizin) einzusetzen verurteilt werden. Dies ist Menschenunwürdig, da die  
56 Menschen objektifiziert werden (sog. Objekttheorie). Deutschland ist Mitglied des Internatio-  
57 nalen Strafgerichtshofs (IStGH) und muss seiner Verantwortung nachkommen, sich aktiv für  
58 die Wahrung und Durchsetzung des internationalen Völkerrechts einzusetzen. Hierzu gehört  
59 auch die Anerkennung der Flächenverteilung des Oslo II-Vertrags (sog. Zwei-Staaten-Lösung)  
60 und die Beendigung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik der Israelischen Regierung.

61 • Wir fordern einen zukunftsorientierten Blick auf den Nahostkonflikt. Eine friedliche Zukunft  
62 ist nicht möglich, wenn immer tiefere Generationentraumata entstehen.

63 Auch die Zivilbevölkerung in Gaza, im Westjordanland und im Südlibanon benötigt eine Per-  
64 spektive für eine Zukunft, die nicht von Krieg und Leid bestimmt ist. Diese Perspektive lässt  
65 sich nur gestalten, wenn der Einfluss des Irans in der Region abnimmt. Die Staatsräson der Is-  
66 lamischen Republik Iran ist die Vernichtung des Staates Israel. Daher muss der größtmögliche  
67 Druck auf den iranischen Staat, sowohl aktiv als auch passiv, ausgeübt werden. Die gesamte  
68 Bevölkerung im Nahen und Mittleren Osten hat das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes  
69 Leben.